

RS Vfgh 2007/2/27 B229/06

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 27.02.2007

Index

L2 Dienstrecht
L2400 Gemeindebedienstete

Norm

B-VG Art83 Abs2
DVG §12
Wr BesoldungsO 1994 §9

Leitsatz

Keine Verletzung verfassungsgesetzlich gewährleisteter Rechte durch ersatzlose Behebung eines erstinstanzlichen Bescheides betr den Ersatz zu Unrecht empfangener Leistungen; keine verfassungswidrige Verweigerung einer Sachentscheidung; zutreffende Annahme der Zulässigkeit eines bescheidmäßigen Abspruchs über einen Antrag (hier: Antrag auf Zuerkennung der aufschiebenden Wirkung) nur bei Vorliegen eines solchen Antrags

Entscheidungstexte

- B 229/06
Entscheidungstext VfGH Erkenntnis 27.02.2007 B 229/06

Schlagworte

Dienstrecht, Ersatz zu Unrecht empfangener Leistungen, Wirkung aufschiebende, Berufungsantrag

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VFGH:2007:B229.2006

Zuletzt aktualisiert am

30.01.2009

Quelle: Verfassungsgerichtshof VfGH, <http://www.vfgh.gv.at>